



Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Änderungsplanfeststellungsbeschluss

„Änderung der Nebenbestimmung A II 2.1 Ziffer 1 sowie A II 2.2 gemäß dem
32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss vom 27.01.2020“

35. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses
„Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“
vom 13. August 2004
in der Fassung der 34. Änderung vom 30. Juli 2020

vom 29. September 2020

Gesch.-Z.: 41-5/01/30/117

Inhaltsverzeichnis

A	Verfügung	5
I	Entscheidungen mit Nebenbestimmungen und Hinweisen, Vorbehaltsentscheidungen, Ausnahmen und Befreiungen	5
II	Kostenentscheidung	5
B	Sachverhalt	6
I	Zur Planfeststellung beantragte Vorhaben	6
II	Planfeststellungsverfahren.....	6
1	Antrag und Antragsunterlagen.....	6
1.1	Auflage A II 2.1. Ziffer 1) des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses	6
1.2	Auflage A II 2.2 des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses	6
2	Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und sonstiger Stellen.....	7
3	Stellungnahme.....	7
C	Entscheidungsgründe	8
I	Verfahrensrechtliche Bewertung.....	8
1	Planänderung von unwesentlicher Bedeutung vor Fertigstellung nach § 76 Abs. 3 VwVfG	8
2	Umfang der Planfeststellung	9
3	Angewandte Verfahrensvorschriften	9
4	Beteiligung	9
5	Umweltverträglichkeitsprüfung	9
II	Materiell-rechtliche Würdigung	10
D	Abschließende Gesamtbetrachtung.....	13
E	Hinweis zur sofortigen Vollziehung.....	14
F	Kostenentscheidung	15
G	Rechtsbehelfsbelehrung	16

A Verfügung

Der Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in der Fassung des 34. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses vom 30.07.2020 wird durch diesen Beschluss wie folgt geändert, ergänzt bzw. neu gefasst.

I Entscheidungen mit Nebenbestimmungen und Hinweisen, Vorbehaltsentscheidungen, Ausnahmen und Befreiungen

Die verfügten Regelungen und Festsetzungen des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ in der Fassung der letzten Änderung gelten auch für diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss. Ergänzend wird durch diesen Planänderungsbeschluss folgendes geregelt und festgesetzt:

Naturschutz und Landschaftspflege

1. Die Auflage A II 2.1 Ziffer 1) des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Änderung Plan der baulichen Anlagen SXF Nord mit landseitiger Verkehrserschließung und Sonstige Flughafeneinrichtungsfäche SF 7“ vom 27. Januar 2020 wird wie folgt geändert:

Die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Flora/Vegetation sind im Umfang von 50.515 m² auf den Flächen in der Gemarkung Waltersdorf, Flur 1, Flurstück 403 und in der Gemarkung Schönefeld, Flur 2, Flurstück 1350 und Flurstück 1351 gemäß dem Landschaftspflegerischen Begleitplan (Mustermaßnahmentyp 3: Umwandlung von Ackerflächen in Wiesen/Grünland sowie Mustermaßnahmentyp 25: Flächen mit gelenkter Sukzession und Gehölzinitialpflanzung) zu kompensieren.

2. Die Auflage A II 2.2 des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Änderung Plan der baulichen Anlagen SXF Nord mit landseitiger Verkehrserschließung und Sonstige Flughafeneinrichtungsfäche SF 7“ vom 27. Januar 2020 wird wie folgt geändert:

Zur Vermeidung dessen, das artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt werden, sind die folgenden Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Feldlerchen und Knoblauchkröten umzusetzen:

1. Entwicklung von 9,76 ha Extensivgrünland gemäß Beschreibung im Kapitel 3.1.2, Seite 7-13 des Artenschutz-Fachbeitrages vom 28.06.2019.
2. Maßnahmen zur „Strukturverbesserung durch Gehölzentnahme am Gewässersaum“, „Errichtung von Versteckstrukturen (Benjeshecken)“ und „Erhöhung des Nahrungsangebotes und Verringerung von Störeinträgen“ gemäß Kapitel 3.2, Seite 14f. des Artenschutz-Fachbeitrages vom 28.06.2019.
3. Als Vermeidungsmaßnahmen für Amphibien ist über die Bauzeit ein temporärer Schutzzaun zu errichten und vorzuhalten.
4. Zur Vermeidung von Brutansiedlungen der Feldlerche sind die Vorhabenflächen bis zum Baubeginn regelmäßig kurz zu mähen.

II Kostenentscheidung

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Planänderungsverfahrens. Die Kosten werden durch gesonderten Bescheid festgesetzt.

B Sachverhalt

Antragstellerin für das Änderungsvorhaben ist die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB). Sie ist zugleich Trägerin des Vorhabens. Die Flughafengesellschaft hat zur Durchführung der oben angegebenen Maßnahmen mit Schreiben vom 29.06.2020 einen Planänderungsantrag bei der Planfeststellungsbehörde gestellt.

I Zur Planfeststellung beantragte Vorhaben

Der Planänderungsantrag umfasst das folgende Vorhaben:

Es wird beantragt, die Auflagen A II 2.1 Ziffer 1) und A II 2.2 des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Änderung Plan der baulichen Anlagen SXF Nord mit landseitiger Verkehrserschließung und Sonstige Flughafeneinrichtungsfläche SF 7“ vom 27. Januar 2020 in der entschiedenen Form zu ändern.

II Planfeststellungsverfahren

1 Antrag und Antragsunterlagen

Unter dem 29.06.2020 stellte die FBB den Antrag, den Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ zu ändern.

Antragsbegründung

Die FBB begründet Ihren Antrag im Wesentlichen wie folgt:

1.1 Auflage A II 2.1. Ziffer 1) des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses

Der 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss vom 27.01.2020 bestimmt unter A II 2.1 Ziffer 1) Satz 1 den erforderlichen Kompensationsbedarf von 50.515 m². Satz 2 enthält eine Auflage, wonach die FBB verpflichtet ist, die Wiesen-/Staudenfluren extensiv ohne Düngereintrag zu nutzen bzw. zu pflegen.

Mit dem gegenständlichen Antrag begehrt die Trägerin des Vorhabens die Anpassung der o. g. Nebenbestimmung an die Maßnahmenbeschreibungen der Mustermaßnahmentypen 3 und 25, da die im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss formulierte Auflage die Trägerin des Vorhabens verpflichtet, Wiesen-/Staudenfluren extensiv ohne jeglichen Düngereintrag zu nutzen bzw. zu pflegen. Dies stellt gegenüber der Maßnahmenbeschreibung des planfestgestellten Mustermaßnahmentyps 3 eine höherwertige Maßnahme dar und würde zu einem geringeren Kompensationsumfang führen.

1.2 Auflage A II 2.2 des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses

Der 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss vom 27.01.2020 enthält unter A II 2.2 eine Nebenbestimmung, wonach „zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände erforderlichen, im Artenschutz-Fachbeitrag und Amphibienkonzept benannten Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Feldlerchen und Knoblauchkröten entsprechend der o. g. Konzepte rechtzeitig umzusetzen“ sind. Dabei wird bestimmt, dass „hierzu die Entwicklung von 9,76 ha ruderaler Hochstaudenflur als extensives Grünland gemäß Beschreibung im Kapitel 1a, 1b, 3a, 2b und 5-8 des Amphibienkonzepts“ gehört.

Mit dem gegenständlichen Antrag begehrt die Trägerin des Vorhabens die Anpassung der o. g. Nebenbestimmung in dem Sinne, dass zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände und von Beeinträchtigungen für Feldlerchen und Knoblauchkröten die erforderlichen Maßnahmen aus dem Amphibienkonzept und dem Artenschutz-Fachbeitrag festgesetzt werden.

Zur Erörterung des Sachverhaltes erfolgte am 28.02.2020 eine Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt, Referat N1 und der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, die im Ergebnis unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt, Referat N1 vom 03.12.2019 die gegenständlich zur Änderung beantragte Nebenstimmung A II 2.1 und A II 2.2 gemäß dem 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss vom 27.01.2020 aufzeigt.

2 Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und sonstiger Stellen

Die Planfeststellungsbehörde hat der Oberen Naturschutzbehörde des Landesamtes für Umwelt (LfU) als Träger öffentlicher Belange mit E-Mail vom 31.07.2020 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

3 Stellungnahme

Folgender Träger öffentlicher Belange hat eine Stellungnahme abgegeben:

- Landesamts für Umwelt des Landes Brandenburg

Die FBB erhielt mit E-Mail vom 25.08.2020 Gelegenheit, auf die Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange zu erwidern.

Das LfU teilt mit, dass der Änderung naturschutzrechtlich nichts entgegensteht. Das Referat Naturschutz teilt mit, dass die Änderungen Anpassungen an die zu Grunde gelegten Unterlagen und den tatsächlichen Eingriffsumfang betreffen. Inhaltlich wurden die Anpassungen bereits mit dem LfU abgestimmt. Im Übrigen sieht es wasserwirtschaftliche Belange gemäß § 126 Abs. 3, Satz 3 Brandenburgisches Wassergesetz und immissionsschutzrechtliche Belange nicht berührt.

C Entscheidungsgründe

Dem Antrag der FBB auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses konnte unter Abwägung aller für und gegen das Vorhaben sprechenden Belange stattgegeben werden. Der Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in der Fassung des 34. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Änderung der Nebenbestimmung A II 9.1.2 bzgl. der Maßnahmen WS 323, LF 324 und WS 327“ vom 30. Juli 2020 wird in dem aus dem Tenor dieses Beschlusses ersichtlichen Umfang geändert.

Der Antrag wurde formgerecht gestellt. Insbesondere wurde er bei der zuständigen Behörde gestellt. Die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) ist gemäß § 10 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG), §§ 1 Abs. 2, 2 Abs. 1 Luftfahrt- und Luftsicherheitszuständigkeitsverordnung (LuFaluSiZV) i. V. m. § 75 Abs. 1, Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) für den Erlass der beantragten Fristverlängerung zuständig.

Die gegenständlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen wurden nach § 9 Abs. 1 LuftVG i. V. m. §§ 15 Abs. 4 Satz 2, 45 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 36 VwVfG im Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004, in der Fassung des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Änderung Plan der baulichen Anlagen SXF Nord mit landseitiger Verkehrserschließung und Sonstige Flughafeneinrichtungsfläche SF 7“ vom 27. Januar 2020 festgesetzt. Da die Maßnahmen zum Ersatz, Ausgleich und zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Eingriffe des Flughafenausbaus festgestellt wurden, fallen sie unter die Konzentrationswirkung des § 9 Abs. 1 LuftVG und wurden als Maßnahmen durch den Planfeststellungsbeschluss und durch die Planänderungsbeschlüsse mitgeregelt.

I Verfahrensrechtliche Bewertung

Das Änderungsvorhaben stellt eine unwesentliche Planänderung i. S. v. § 76 VwVfG dar. Es war ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen, dieses konnte jedoch als vereinfachtes Verfahren nach § 76 Abs. 3 VwVfG geführt werden.

1 Planänderung von unwesentlicher Bedeutung vor Fertigstellung nach § 76 Abs. 3 VwVfG

Mit dem Planänderungsantrag der FBB wird eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vor Fertigstellung des Vorhabens beantragt.

Der auf § 8 Abs. 1 LuftVG i. V. m. § 76 Abs. 2 VwVfG fußende Planänderungsantrag ist gerichtet auf eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in seiner aktuellen Fassung und dies vor Fertigstellung des Vorhabens.

Mit dem vorliegenden Antrag wird die Änderung zweier Auflagen aus dem 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss hinsichtlich der zu Grunde zulegenden Unterlagen und des tatsächlichen Eingriffsumfangs beantragt. Konkret sollen Einzelheiten der Ausführung der im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss, Auflage A II 2.1 Ziff. 1) nach den Erkenntnissen der Mustermaßnahmentypen 3 und 25 der landchaftspflegerischen Begleitplanung angepasst werden. Bzgl. der Auflage A II 2.2. des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses wird beantragt vor allem Maßnahmen des Artenschutz-Fachbeitrags vom 28.06.2019 heranzuziehen, da diese den tatsächlichen Eingriffsumfang betreffen. Es sollen Änderungen an einer begrenzten Anzahl von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen - also an Maßnahmen, die die negativen Folgen des Vorhabens ausgleichen - und einer artenschutzrechtlichen Auflage stattfinden. Umfang und Zweck des Vorhabens selbst werden dadurch nicht berührt.

Der Antrag betrifft insbesondere auch nicht den Zuschnitt der Maßnahmenflächen. Die beschriebene Anpassung führt auch zu keiner Änderung der planfestgestellten Flughafenanlage oder Kompensationsmaßnahmen. Dritte sind von der vorliegenden Planänderung nicht bzw. nicht mehr als von der ursprünglichen Planung betroffen. Darüber hinaus werden auch keine öffentlichen Belange berührt; die Identität des bereits zugelassenen Vorhabens bleibt offenkundig gewahrt, so dass die Voraussetzungen einer unwesentlichen Planänderung vorliegen.

Entsprechend hat die Planfeststellungsbehörde ein vereinfachtes Planänderungsverfahren gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG durchgeführt. § 76 VwVfG ist anwendbar, da sich das Vorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ in der Phase vor Fertigstellung befindet. Für unwesentliche Planänderungen eröffnet § 76 Abs. 2 und 3 VwVfG die Möglichkeit einer Änderung des Planes in vereinfachten Verfahren, indem das Planfeststellungsverfahren ohne Anhörungsverfahren und ohne öffentliche Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses (§ 76 Abs. 3 VwVfG) durchgeführt wird. Bleibt, wie hier, das Plangefüge anlässlich der begehrten Änderung in seinen Grundzügen unberührt, kann anlässlich des diesbezüglichen Verfahrens auf eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit oder der Träger öffentlicher Belange oder weiterer Drittbetroffener verzichtet werden (BVerwG Urteil vom 20.10.1989 Az.: 4 C 12/87).

2 Umfang der Planfeststellung

Gemäß § 9 LuftVG ersetzt die luftrechtliche Planfeststellung alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Zustimmungen.

Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen im Hinblick auf alle von ihr berührten öffentlichen Belange festgestellt und es werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Trägerin des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt (§ 75 VwVfG).

Der Änderungsplanfeststellungsbeschluss geht in den Planfeststellungsbeschluss ein und es entsteht ein einziger, einheitlicher Planfeststellungsbeschluss in der Gestalt, die er durch den Änderungsplanfeststellungsbeschluss erhält (BVerwG, Urteil vom 23.01.1981, Az.: 4 C 68/78).

3 Angewandte Verfahrensvorschriften

Das luftrechtliche vereinfachte Planfeststellungsverfahren wurde nach den Bestimmungen des LuftVG, des VwVfG, des UVPG und des BNatSchG durchgeführt.

4 Beteiligung

Die Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange, deren Aufgabe durch das Vorhaben berührt wird, wurde gemäß § 10 Abs. 2 LuftVG i. V. m. § 73 Abs. 2 VwVfG eingeholt. Mit E-Mail-Nachricht vom 31.07.2020 der LuBB wurde der Antrag dem Träger öffentlicher Belange zugesandt. Zur Frist für die Abgabe der Stellungnahmen wurde der 21.08.2020 gemäß § 73 Abs. 3a VwVfG i. V. m. § 10 Abs. 2 Nr. 3 LuftVG bestimmt.

Auf die Regelungen des § 10 Abs. 4 Satz 1 LuftVG i. V. m. § 73 Abs. 4 Satz 1 VwVfG wurde der Träger öffentlicher Belange hingewiesen.

5 Umweltverträglichkeitsprüfung

Es ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung i. S. d. Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) notwendig, auch keine Umweltverträglichkeitsvorprüfung.

Denkbar wäre dies allenfalls unter dem Aspekt der Änderung eines Vorhabens, für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist (§ 9 Abs. 1 UVPG). Es fragt sich aber bereits, ob die hier zuzulassende Maßnahme ein (Änderungs-)Vorhaben i. S. d. UVPG ist. Antragsgegenstand ist die Änderung der zu Grunde zulegenden Unterlagen und des tatsächlichen Umfangs des artenschutzrechtlichen Eingriffs. Die Anpassung dieser Maßnahmen lässt keine weiteren erheblichen Umweltauswirkungen erwarten. Eine derartige Lage ist weder eine Änderung, einschließlich der Erweiterung, der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer technischen Anlage (§ 2 Abs. 4 Nr. 2a UVPG) noch eine Änderung, einschließlich der Erweiterung, der Lage oder der Beschaffenheit einer sonstigen Anlage (§ 2 Abs. 4 Nr. 2b UVPG) und insbesondere auch keine Änderung, einschließlich der Erweiterung, der Durchführung einer sonstigen in Natur und Landschaft eingreifenden Maßnahme (§ 2 Abs. 4 Nr. 2c UVPG). Eine Änderung bzw. Erweiterung des UVP-pflichtigen Grundvorhabens scheidet mithin aus, weshalb § 9 Abs. 1 UVPG auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar ist. Zudem betrifft die geplante Änderung Maßnahmen, die nicht die planfestgestellten Mustermaßnahmentypen 3 und 25 entsprechen bzw. über das Vorhabengebiet der 32. Planänderung hinausgehen. Sie waren somit bereits Gegenstand der mit dem 32. Planänderungsbeschluss vom 27.01.2020 abgeschlossenen Verfahren und insoweit auch der dort durchgeführten UVP-Vorprüfung vom 17.10.2019, veröffentlicht im Amtsblatt Brandenburg am 06.11.2019, S. 1225.

II Materiell-rechtliche Würdigung

Dieser Planfeststellungsbeschluss beruht auf § 76 Abs. 3 VwVfG und § 8ff. LuftVG. Das Änderungsvorhaben ist nach den Regelungen des LuftVG gerechtfertigt. Nach Abwägung mit den von dem Änderungsvorhaben berührten Belangen konnte das Änderungsvorhaben deshalb zugelassen werden. Nachteilige Auswirkungen werden durch die verfügbaren Nebenbestimmungen ausgeglichen.

Der Antrag hat der Planfeststellungsbehörde eingehende und umfassende Kenntnisse über die möglichen Auswirkungen des Änderungsvorhabens vermittelt. Dies versetzte die Planfeststellungsbehörde in die Lage, über den Planänderungsantrag zu entscheiden. Weitere Stellungnahmen, Untersuchungen oder Gutachten waren angesichts des erreichten Sachstandes nicht erforderlich.

Die Planfeststellungsbehörde ist zu dem Ergebnis gelangt, dass das Änderungsvorhaben unter Beachtung der mit diesem Beschluss festgelegten Auflagen mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist.

Das vorliegende Änderungsvorhaben hat zum einen eine Anpassung einer Auflage an die zugrunde zulegenden Unterlagen zum Gegenstand und zum anderen die Berücksichtigung des tatsächlichen Eingriffsumfangs einer weiteren Auflage des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses. Im Einzelnen:

1. Auflage A II 2.1 Ziffer 1) des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses

Wie bereits ausgeführt, bestimmt die Auflage den erforderlichen Kompensationsbedarf von 50.515 m². Satz 2 enthält eine Auflage, wonach die Trägerin des Vorhabens verpflichtet ist, die Wiesen-/Staudenfluren extensiv ohne Düngereintrag zu nutzen bzw. zu pflegen. Die Kompensationsbedarfe wurden auf Grundlage der im Landschaftspflegerischen Begleitplans verwendeten Kompensationsfaktoren des Mustermaßnahmentyp 3 „Umwandlung von Ackerflächen in Wiesen/Grünland“ sowie Mustermaßnahmentyp 25 „Flächen mit gelenkter Sukzession und Gehölzinitialpflanzung“ in 45.515 m² Wiesen- und Staudenfluren (WS 328) und 5.000 m² Fläche mit gelenkter Sukzession (SKg 329) umgerechnet (vgl. Anlagen 9 „Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 9 UVPG und Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung gemäß §§ 14ff. BNatSchG“ und 11 „Ergänzende Angaben zur Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung gemäß §§ 14ff. BNatSchG und zum Artenschutz-Fachbeitrag“ (Fassungen vom 28.06.2019) zum Planänderungsantrag Nr. 37 - „Änderung Plan der baulichen Anlagen SXF Nord mit Landseitiger Verkehrserschlie-

Bung und Sonstige Flughafeneinrichtungsfläche SF 7“). Gemäß Maßnahmenbeschreibung des Mustermaßnahmentyps 3 „Umwandlung Ackerflächen in Wiesen/Grünland“ ist lediglich „auf chemisch-synthetische Dünger und Pflanzenschutzmittel zu verzichten. Ebenso ist auf Grünlandumbruch, Beregnung und Melioration zu verzichten.“

Der planfestgestellte Mustermaßnahmentyp 3 entspricht dabei den Vorgaben der „Arbeitshilfe BIK“ vom 01.06.2016 für die Umwandlung von Acker in Dauergrünland, der eine Düngegabe von max. 50 kg N/ha zulässt und wird mit der Vermeidung von chemischen Dünger sogar noch spezifischer.

Da die im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss formulierte Auflage A II 2.1 Ziff. 1) die Trägerin des Vorhabens verpflichtet, Wiesen-/Staudenfluren extensiv ohne jeglichen Düngereintrag zu nutzen bzw. zu pflegen, stellt dies gegenüber der Maßnahmenbeschreibung des planfestgestellten Mustermaßnahmentyps 3 eine höherwertige Maßnahme dar und würde zu einem geringeren Kompensationsbedarf führen. Die Auflage des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses enthält somit eine über die bislang planfestgestellten Maßgaben hinausgehende Einschränkung in der Bewirtschaftbarkeit von WS-Maßnahmen, da bislang nur auf chemisch-synthetischen Dünger und Pflanzenschutzmittel zu verzichten war. Somit war die Auflage entsprechend anzupassen.

Durch die Änderung erfolgt keine negative Auswirkung auf die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz. Dies wurde bereits mit der zuständigen Oberen Naturschutzbehörde am 28.02.2020 persönlich erörtert. Mit Schreiben vom 24.08.2020 hat sie dies nochmals schriftlich bestätigt. Hinsichtlich der weiteren Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bleibt es bei den Ausführungen des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses unter C 2.9. Insbesondere sollen die Kompensationsbedarfe innerhalb des betroffenen Naturraums auf geeigneten im Eigentum der Vorhabenträgerin befindlichen Flächen umgesetzt werden.

Hinsichtlich der Frist zur Beantragung der Planergänzung für die konkreten Einzelmaßnahmen wird ebenfalls auf den 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss verwiesen. Dieser legt fest, dass die Frist zur Vorlage geeigneter Unterlagen zu konkreten Einzelmaßnahmen und zum Einreichen eines entsprechenden Planergänzungsverfahrens bis zum 30.06.2021 zu erfolgen habe, vgl. A II 2.1 Ziffer 2 des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses.

2. Auflage A II 2.2 des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses

Der 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss vom 27.01.2020 enthält unter A II 2.2 eine Nebenstimmung, wonach „zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände erforderlichen, im Artenschutz-Fachbeitrag und Amphibienkonzept benannten Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Feldlerchen und Knoblauchkröten entsprechend der o. g. Konzepte rechtzeitig umzusetzen“ sind. Dabei wird bestimmt, dass „hierzu die Entwicklung von 9,76 ha ruderaler Hochstaudenflur als extensives Grünland gemäß Beschreibung im Kapitel 1a, 1b, 3a, 2b und 5-8 des Amphibienkonzepts“ gehört.

Die Festsetzung benennt konkrete Maßnahmen des Amphibienkonzeptes, Gutachten, Artenschutzrechtliche Maßnahmenenerweiterung vom 30.01.2019, Bosch & Partner GmbH/ Natur+Text. Das Amphibienkonzept ist ein übergreifendes Gutachten, welches durch den Artenschutz-Fachbeitrag Bosch & Partner vom 28.06.2019 fortgeschrieben wurde. Der Artenschutz-Fachbeitrag Bosch & Partner vom 28.06.2019 setzt auf die nachfolgenden Grundlagen auf und schreibt wiederum vorhabenbezogen die erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen fort.

- „Konzept zu Vermeidungsmaßnahmen für Amphibien, Reptilien und Brutvögel“, Bosch & Partner, März 2017 sowie Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde Landkreis Dahme-Spreewald vom 15.05.2017 (Auflagenvollzug Auflage A II 9.1.34 vom 12.07.2019)

- „Amphibienkonzept, Gutachten, Artenschutzrechtliche Maßnahmenenerweiterung“, Natur+Text vom 21.06.2018 sowie Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde Landkreis Dahme-Spreewald vom 05.09.2018
- Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde Landkreis Dahme-Spreewald vom 13.06.2019
 - o zum „Amphibienkonzept, Gutachten, Artenschutzrechtliche Maßnahmenenerweiterung“, Natur+Text vom 30.01.2019, Vorstellung und behördliche Abstimmung der Ergänzung von Amphibiendurchlässen im Bereich der temporären Baustellenzufahrt als Änderung gegenüber dem Stand 21.06.2018,
 - o sowie Vorstellung der Zwischenergebnisse der Fänge von März bis Anfang Juni 2019 entsprechend der Auflage in der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde Landkreis Dahme-Spreewald vom 05.09.2018, S. 2: „Das Kurzgutachten für die Nachweise der Fänge ist der uNB unaufgefordert vorzulegen.“
- „Amphibienkonzept, Gutachten, Artenschutzrechtliche Maßnahmenenerweiterung“, Natur+Text vom 30.01.2019 (Anhang zum Artenschutz-Fachbeitrag Bosch & Partner vom 28.06.2019)

Die Festsetzung enthält im Ergebnis Maßnahmen, die nicht dem im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss planfestgestellten Eingriffsvorhaben zuzuordnen sind, sodass für das im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss planfestgestellte Eingriffsvorhaben die oben beantragten erforderlichen, im Amphibienkonzept und im Artenschutz-Fachbeitrag, Bosch & Partner vom 28.06.2019 - Kap. 3.1.2 CEF-Maßnahme für die Feldlerche, S. 7-13 und Kap. 3.2 Amphibien, S. 14f. benannten Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände und von Beeinträchtigungen für Feldlerchen und Knoblauchkröten festzusetzen sind.

Dabei sind die Auswirkungen der festgesetzten Maßnahmen auf Natur und Landschaft sowie Artenschutz im Ergebnis nicht mehr als im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses bereits festgestellt. Eine Abwägung erfolgte bereits im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss.

Bezüglich beider Auflagen erfolgte eine Erörterung des Sachverhaltes und Abstimmung am 28.02.2020 mit dem Landesamt für Umwelt, Referat N1, und der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Dabei wurden die Hindernisse der im 32. Änderungsplanfeststellungsbeschluss festgesetzten Auflagen erörtert.

Von dem Änderungsvorhaben gehen nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde keine erheblichen Belästigungen, Gesundheitsgefährdungen oder Gesundheitsschädigungen durch Auswirkungen von z. B. Lärm, Luftschadstoffen, sonstigen Immissionen oder Grundwasserverunreinigungen, aus. Privates Grundeigentum wird durch das Änderungsvorhaben nicht in Anspruch genommen.

D Abschließende Gesamtbetrachtung

Dem Antrag der FBB war mit den sich aus dem verfügenden Teil ergebenden Einschränkungen stattzugeben.

Die Planfeststellungsbehörde hat im Rahmen des Planänderungsverfahrens nicht nur jeden einzelnen der berührten Belange gegen das Interesse an dem Änderungsvorhaben abgewogen, sondern auch eine Abwägung aller gegen das Vorhaben sprechenden Belange in ihrer Gesamtheit gegen das Interesse am Änderungsvorhaben vorgenommen.

Im Rahmen der Gesamtabwägung war hier zu berücksichtigen, dass Gegenstand des vereinfachten Planfeststellungsverfahrens nicht die erstmalige Anlegung eines Flughafens war, sondern das Ausbauvorhaben Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld bereits planfestgestellt ist, und weiterhin, dass das Änderungsvorhaben mangels Veränderungen an den Start- und Landebahnen oder Erhöhung der Zahl an Standplätzen oder Rollbahnkapazitäten zu keiner Kapazitätserhöhung führt. Zwar besitzt die zusätzliche Flächeninanspruchnahme nicht unerhebliche naturschutzbezogene Relevanz, durch die geplante Entsiegelungsmaßnahme ist jedoch im Ergebnis von einer ausgeglichenen Flächenbilanz auszugehen.

Die Planfeststellungsbehörde ist zu der Überzeugung gelangt, dass durch das Änderungsvorhaben weder öffentliche noch private Belange in einer solchen Art und Weise beeinträchtigt werden, dass das Interesse an der Umsetzung des Änderungsvorhabens insgesamt zurücktreten müsste. Bei Gesamtbetrachtung der in den einzelnen Kapiteln dargelegten Entscheidungsgründe kommt den mit dem Änderungsvorhaben verfolgten Zielen gegenüber den entgegenstehenden übrigen öffentlichen und privaten Belangen das größere Gewicht zu. Den gegen das Änderungsvorhaben sprechenden öffentlichen und privaten Belangen wird durch Auflagen ausreichend Rechnung getragen.

E Hinweis zur sofortigen Vollziehung

Dieser Beschluss ändert einen auf den Bau eines Flughafens gerichteten Planfeststellungsbeschluss. Ein solcher Beschluss ist bereits per Gesetz sofort vollziehbar; die Anfechtungsklage gegen einen Planfeststellungsbeschluss für den Bau oder die Änderung von Flughäfen hat gemäß § 10 Abs. 4 Satz 1 LuftVG keine aufschiebende Wirkung.

F Kostenentscheidung

Die FBB hat als Trägerin des Vorhabens gemäß §§ 1 und 14 Verwaltungskostengesetz (VwKostG) die Kosten des Planfeststellungsverfahrens zu tragen.

Die Entscheidung ist nach §§ 2 und 3 VwKostG, §§ 1 und 2 Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) i. V. m. Abschnitt V Nr. 9a Anlage Gebührenverzeichnis zur LuftKostV gebührenpflichtig.

Die in diesem Verfahren entstandenen Auslagen sind gemäß § 10 VwKostG i. V. m. § 3 LuftKostV von der FBB als Trägerin des Vorhabens zu erstatten.

Die Höhe der Gebühr und die zu erstattenden Auslagen werden gesondert festgesetzt.

Die den beteiligten Behörden erwachsenen Kosten sind nicht erstattungsfähig.

G Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin, schriftlich oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes auf dem unter www.berlin.de/erv veröffentlichten Kommunikationsweg Klage erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Die zur Begründung der Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Nach § 10 Abs. 5 LuftVG hat der Kläger innerhalb einer Frist von sechs Wochen die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben. Das Gericht kann Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Nach § 67 Abs. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) muss sich vor dem Oberverwaltungsgericht jeder Beteiligte, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind nur Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen. Vor dem Oberverwaltungsgericht sind auch die in § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 VwGO bezeichneten Personen und Organisationen als Bevollmächtigte zugelassen.

Gem. § 10 Abs. 4 LuftVG hat die Klage keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann beim OVG Berlin-Brandenburg nur innerhalb eines Monats nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses gestellt und begründet werden. § 58 VwGO gilt entsprechend.

Treten später Tatsachen ein, die die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss oder die Plangenehmigung Beschwerde einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO innerhalb von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Schönefeld, den 29. September 2020

Im Auftrag



Diekmann

